Kein Deponie-Risikomanagement!

Klärungsversuch: Ist die Umweltministerin von Staatskanzlei unter Druck gesetzt worden?

VON STEFAN RECKLEBEN

Münchehagen. Harter Tobak: „Spielen Staatskanzlei und Finanzminister die Umweltministerin Monika Griefahn aus?" Die provozierende Frage von Peter Thiele (BUND Petershagen), auf die es im Münchehagen-Plenum um das Verwirrspiel der Deponiesicherung keine Antwort gab, macht Sinn: Die Landesregierung steht im Finanzdesaster. Sie hat bisher 135 Millionen Mark für Erkundung, Gutachten, Bewertung und Maßnahmen auf der Giftkippe ausgegeben. Weitere 158 Millionen stehen für eine zeitnahe Sicherung bereit – nur als Verpflichtungsermächtigung auf dem Papier. Dabei gibt es in Niedersachsen 145 teuer zu sichernde Altlasten. Diese werden derzeit einer Neubewertung der Sanierungs-Prioritäten unterzogen.

Davon sei nach Angaben des Landesamtes für Ökologie im Dezember auch die Altlast Münchehagen betroffen. Grund: Ohne die Münchehagen-Gremien zu informieren, hatte die Bezirksregierung Hannover als Projektkoordinator den zuständigen Landesämtern im Juni den Auftrag erteilt, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollendete Risikostudie einer Neubewertung zu unterziehen. Diese habe unter dem Gesichtspunkt gestanden, das Schadstoffrückhalte- und Absorptionsvermögen des Tonsteins, der die Giftkippe umgibt, zu untersuchen Die Landesämter arbeiteten und ließen als Verfahrensbeteiligte die Gremien im Unklaren. Im Februar kündigten sie an, daß die Sicherungsschritte noch nicht nötig seien. „Das ist doch kein Zufall!" so Rehburg-Loccums Verwaltungschef Dieter Hüsemann: Noch 1993 und 1994 hätten die Landesämter die zeitnahe Sicherung für begründet erklärt.

Zufall?: Die Anwendung des theoretischen bzw. statistischen Nachweises des Schadstoffrückhaltevermögens auf alle 145 Altlasten im Land würde nach Meinung von Münchehagen-Beteiligten ein großes Loch in den Landeshaushalt reißen. Mehr noch: Wegen des bundesweit politisch bedeutsamen Münchehagen-Vermittlungsverfahrens und bei kritikloser Umsetzung der Behördenvorschläge, in 50 Jahren zu sichern, würde dem Land und den Landesämtern als (Mit)-Verfasser der sogenannten Matrix-Diffusion einen mindestens bundesweit hohen Stellenwert bei Risikobewertungen im Altlastenbereich verschaffen.

Dem steht die Kritik der Gutachter Dr. Appel, Dr. Barkowski (PanGeo Hannover) und Thiele (BUND) gegenüber: Die Fachleute sprechen von einer massiven Belastung des Deponieumfelds, von schlechter Datengrundlage, widersprechen dem von den Landesämtern behaupteten stark reduzierten Schadstoffaustrag und halten manche Aussage für fachlich unvertretbar. Thiele unterstellte, daß Dr. Appel auf Druck der Behörden Absätze aus seiner Risikostudie habe austauschen müssen.

Nachdenklich stimmt dabei die Äußerung des umweltpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Jüttner, der sich nach dem Gutachterstreit im Plenum laut fragte, ob die Begutachtung irgendwo unterbunden worden sei. Dr. Dörhöfer vom Landesamt für Bodenforschung – einer der wesentlichen Bearbeiter der Matrix-Diffusion – räumte Unsicherheiten in der Prognose über die zeitliche Umsetzung der Sicherung ein: zwischen fünf und 50 Jahren. Und: Das Schadstoffrückhaltevermögen des Tonsteins sei stoffspezifisch. Deshalb könne, so der stellvertretende Rehburg-Loccumer Stadtdirektor Erhard Schmitz, der Tonstein die Deponie eben nicht völlig abdichten; denn niemand wisse, was an Giften in Münchehagen eingelagert sei und wie das miteinander reagiere. „Wir wollen kein Risikomanagement", stellte Plenumsvorsitzender Dr. Fritz Anhelm (Akademie Loccum) unmißverständlich klar.

Und die Umweltministerin?: Regenrückhaltebecken und Hochbehälter für giftige Deponiesickerwässer würden in diesem Jahr „als Voraussetzung für die Sicherungsmaßnahmen gebaut".